

Wer

Das Projekt wendet sich an Opfergruppen, die von Hassverbrechen betroffen sind sowie an Organisationen, die sich für die Rechte dieser Gruppen einsetzen, nämlich: Migrant*innen (speziell jene ohne dokumentierten Status), Asylsuchende und Geflüchtete, Roma*Romnija sowie LGBTIQ-Personen. Ein besonderer Fokus wird dabei auf Geflüchtete und Asylsuchende gelegt, die derzeit zu den am stärksten von Hassverbrechen betroffenen Opfergruppen in Europa zählen.

Wann

Von August 2017 bis Juli 2019

Wo

- Österreich
- Deutschland
- Italien
- Kroatien

Mehr Information

Besuchen Sie unsere Website auf:
www.vstart.eu

Partnerschaft



COSPE Onlus | www.cospe.org



Human Rights House Zagreb | www.kucaljudskihprava.hr



ZARA - Civil Courage and Anti-Racism Work
www.zara.or.at



Efms - European Forum for Migration Studies
www.efms.uni-bamberg.de

Diese Publikation wurde durch das Justizprogramm der EU (2014-2020) finanziert. Der Inhalt der Publikation spiegelt ausschließlich die Sicht der Autor*innen wider und fällt alleine unter deren Verantwortung. Die Europäische Kommission übernimmt keine Verantwortung für die Verwendung der Inhalte.

V-START

Victim Support
Through Awareness
Raising
and neTworking



Co-finanziert durch das Justizprogramm der Europäischen Union

Das Projekt

Jedes Verbrechen und jeder Vorfall, bei dem das Opfer aufgrund einer feindseligen Einstellung oder aufgrund von Vorurteilen des*der Täters*in, die sich gegen eine klar identifizierbare Gruppe richten, der das Opfer angehört (z.B. Migrant*innen, Minderheiten, Personen mit Behinderung, LGBTIQ-Personen), ist ein Hassverbrechen. Diese Art von Verbrechen oder Vorfällen ist nicht nur eine Botschaft an das individuelle Opfer, sondern auch an andere Personen, die derselben Gruppe wie das Opfer angehören. Ein Hassverbrechen ist weiterhin geeignet, potentielle Nachahmer*innen zu animieren. Hassverbrechen sind tägliche Realität im gesamten EU-Raum. Eine große Herausforderung stellt dabei die Bekämpfung des Phänomens "underreporting" dieser Verbrechen dar. Hassverbrechen werden oft nicht als solche gemeldet, da sie nicht als solche identifiziert werden, aus Angst vor Vergeltung, aufgrund von Misstrauen gegenüber Exekutivorganen und des Strafrechtssystems sowie aufgrund fehlender Kenntnisse über Unterstützungseinrichtungen sowie den Zugang zu diesen. Das Projekt wird dazu beitragen, diese Probleme durch die Schaffung von nationalen Opferschutzeinrichtungen zu überwinden, die die vorhandene Kapazität von zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, die sich für Opferschutzrechte zur Unterstützung von Opfern einsetzen, stärken. Durch die Netzwerke sollen Opfer ermutigt werden, Vorfälle zu melden und auf ihre Rechte sowie die Unterstützungsangebote der spezifischen Opferschutz-Einrichtungen aufmerksam gemacht werden. Informationskampagnen und Bewusstseinsarbeit im Rahmen des Projekts zielen dabei darauf ab, sicherzustellen, dass diese Verbrechen nicht ungemeldet und daher frei von strafrechtlicher Verfolgung bleiben, was zur Unsichtbarkeit der Opfer führen würde.

Ziele

V-Start zielt auf die Implementierung der EU-Richtlinie 2012/29/EU zur Einführung von Mindeststandards im Rechts-, Unterstützungs- und Schutzbereich für Verbrechenopfer ab.

V-Starts Hauptziele sind:

- das Bewusstsein der Opfer für Unterstützungseinrichtungen zu stärken
- den Zugang zu Rechtshilfe zu erleichtern und ihre Grundrechte zu schützen

Das Projekt zielt weiterhin darauf ab

- das System der Unterstützungseinrichtungen für Opfer von Hassverbrechen zu verbessern,
- das Wissen und die Kompetenzen der Personen, die mit den Opfergruppen arbeiten, zu verbessern,
- Unterstützungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Organisationen und juristische Mitarbeiter*innen zu vernetzen und
- Zusammenarbeit und Austausch zwischen ihnen zu fördern.

Was

Die Hauptaktivitäten und der Output des Projekts beinhalten:

■ **Eine Studie in jedem der teilnehmenden Länder**, um die Charakteristika der nationalen Systeme von Opferschutz- und Unterstützungseinrichtungen zu erfassen und mögliche Wege zur Verbesserung von Hilfe und Unterstützung für Opfer von Hassverbrechen zu ermitteln.

■ **Lokale Netzwerke von zivilgesellschaftlichen Organisationen**, die sich mit Diskriminierung und Hassverbrechen beschäftigen und Unterstützung für Opfer anbieten, werden einen Austauschmechanismus zwischen den beteiligten Akteur*innen entwickeln, um deren Wissensstand und Unterstützungsangebote zu verbessern.

■ **Trainingskurse** für zivilgesellschaftliche Organisationen, öffentliche Einrichtungen, juristisches Personal sowie Polizist*innen werden durchgeführt, um Wissen und Kompetenzen dieser Berufsgruppen zu verbessern, die mit potenziellen und tatsächlichen Opfern von Hassverbrechen arbeiten.

■ **Informations- und Bewusstseinskampagnen** mit vier praxisnahen Leitfäden für tatsächliche und potenzielle Opfer von Hassverbrechen, um Informationen über Unterstützungseinrichtungen zu verbreiten und das Bewusstsein für verfügbare Hilfe, Unterstützung und Rechtshilfe zu stärken.